



## **Mexiko - Stillstand im Kampf um indigene Rechte ein Jahr nach dem "Marsch der indigenen Würde":**

**Ein Bericht der österreichischen TeilnehmerInnen an der 3. zivilen internationalen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte in Chiapas (15. 2. - 3. 3. 2002)**

Nach dem Massaker von Acteal im Dezember 1997, war Mexiko zum ersten Mal Ziel einer internationalen zivilen Menschenrechtskommission. Bei der zweiten Kommission im Jahr 1999 lag das Augenmerk erneut auf dem seit 1994 ungelösten Konflikt zwischen Regierung und Zapatisten, den indigenen Aufständischen, die um die Anerkennung ihrer Rechte, Kultur und Autonomie im Sinne von Selbstverwaltung kämpfen.

Heute, ein Jahr nach Amtsantritt des Präsidenten Vicente Fox - der nach über 70 Jahren PRI-Regierung (Partei der Institutionalisierten Revolution) mit seiner Partei PAN (Partei der Nationalen Aktion) die grosse Wende ankündigte - und ein Jahr nach dem "Marsch der indigenen Würde" der Zapatisten nach Mexiko-Stadt bis vor den Kongress, wo zum ersten Mal in der Geschichte Mexikos Indigenas das Wort ergriffen, sowie nach der Verabschiedung eines stark verwässerten Indigena-Gesetzes im April 2001, war es Aufgabe der dritten Kommission, die Auswirkungen dieser Ereignisse auf die Lage der Menschenrechte des Landes zu dokumentieren.

Für die konstitutionelle Umsetzung des Abkommens von San Andrés war 1996 die parlamentarische Vermittlungskommission für Versöhnung und Frieden (COCOPA) gegründet worden, deren ausgearbeiteter Gesetzesvorschlag im November desselben Jahres als Initiative einer Verfassungsreform vorgestellt, und später als COCOPA-Gesetz bekannt wurde. Die jetzige Gesetzesversion, die im April letzten Jahres vom Kongress verabschiedet wurde, entspricht jedoch nicht dem damaligen Abkommen, da sie in bedeutenden Punkten, was Autonomie, Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Nutznießung der natürlichen Ressourcen der indigenen Völker betrifft, einfach umgeändert wurde. Dies rief nicht nur bei den Zapatisten, sondern auch bei anderen indigenen Organisationen und der mexikanischen Zivilgesellschaft im Allgemeinen heftige Empörung hervor.

Hauptanliegen der Beobachtungskommission waren u.a. der dadurch ins Stocken geratene Dialog zwischen Regierung und Zapatisten, die fortschreitende Militarisierung und Straflosigkeit paramilitärer Gruppen im Konfliktgebiet (v.a. Zona Norte), die Situation der intern Vertriebenen und politischen Gefangenen sowie Nachforschungen über das Fortschreiten der Aufklärung des Mordes an der Menschenrechtsanwältin Digna Ochoa im Oktober des vergangenen Jahres.

Die Ergebnisse der Kommission werden in Form eines Endberichts präsentiert, der den nationalen Parlamenten aller 104 Teilnehmer aus 14 verschiedenen Ländern, der mexikanischen Regierung, dem EU-Parlament, der UNO sowie der Zivilgesellschaft vorgelegt werden wird.

Fazit der mit beiden Konfliktparteien geführten Gespräche: obwohl es zuerst den Anschein hatte, daß sich mit der neuen Regierungspartei auch die Situation der Menschenrechte langsam verbessern würde, sind die Methoden der Aufstandsbekämpfung unter Fox, der auf seinen Auslandsreisen gerne versichert, der Konflikt in Chiapas sei bereits gelöst, dieselben geblieben. Bevor sich die mexikanische Regierung nicht ernsthaft um die Einhaltung des Abkommens von San Andrés bemüht, wird sich an den Konfliktursachen der indigenen Bevölkerung nichts ändern.

Sophie Hofbauer (Theaterwissenschaft/Germanistik)  
Romana Raberger (Geschichte/Spanisch)

Wer die Wahrung der Menschenrechte in der Aufstandsregion unterstützen will, kann dies als FriedenbeobachterIn vor Ort in Chiapas leisten. Dafür sind Vorbereitungsseminare, Spanischkenntnisse und mind. 4 Wochen Zeit Voraussetzung.  
Info: [www.oneworld.at/mexiko-plattform](http://www.oneworld.at/mexiko-plattform)  
e-mail: [mexiko-plattform@gmx.at](mailto:mexiko-plattform@gmx.at)